

DIESE GRÜNEN!



INNENSTADTKONFERENZ

■ MEHR BÜRGERBETEILIGUNG FÜR PLATZ AM KOLK, KARLSPLATZ UND KASINOKREISEL?



Mit der Initiative Innenstadtentwicklung Elberfeld und der Innenstadtkonferenz hat die Stadt Wuppertal eine wichtige Plattform für die Gestaltung der City der Zukunft mit starker Bürgerbeteiligung geschaffen.

Bei der zweiten Innenstadtkonferenz am 08.03. wurden die Arbeitspunkte anhand eines Modells, das mit Folien auf dem Fußboden ausgebreitet wurde, verdeutlicht: Die drei Gebiete Luisenviertel, City (Wall) und Hofaue werden

durch den Platz am Kasinokreisel und den Platz am Kolk miteinander verbunden. Der Karlsplatz liegt im Abseits, könnte aber durch eine bessere Anbindung des Mirker Bahnhofs gewissermaßen von Norden erschlossen werden.

den. Die Teilnehmenden konnten mit der Vergabe von Goldtalern Schwerpunkte für die Umgestaltung setzen. Der Platz am Kolk und der Karlsplatz erhielten viele Taler.

Die GRÜNEN haben bereits im Jahr 2013 Vorschläge für die Gestaltung des Platzes am Kolk (ohne Parkplatz) gemacht. Wir gingen davon aus, dass dieser Platz bald neu gestaltet werden würde, auch, weil das Hotel in der ehemaligen Post im nächsten Jahr eröffnet. Noch während der Veranstaltung teilte Dezernent Frank Meyer mit, dass die Stadt sehr kurzfristig einen beschränkten Wettbewerb zur Neugestaltung des Von-der-Heydt-Platzes (vor C&A) starten werde. Das Land habe mit Geld gewinkt und wegen der Zeitnot (Vergabe der baulichen Maßnahmen noch im Jahr 2017) müsse dort begonnen werden. Der Platz am Kolk sei wegen des Überwegs über die Morianstraße zu kompliziert.

Wir waren sehr verwundert und so auch viele Menschen in Elberfeld. In Gesprächen hat Herr Meyer inzwischen zugesagt, dass der Platz am Kolk als Nächstes auf der Tagesordnung steht.



GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dieser Ausgabe unserer Fraktionszeitung stellen wir Ihnen wieder die interessantesten Themen der Wuppertaler Politik vor. Das Engagement der GRÜNEN Fraktion ist vielfältig. Die Bandbreite geht von einer Ratsresolution, in der wir Abschiebungen nach Afghanistan ablehnen über Erfolge im Bergischen Rat und unserem Schwerpunktthema Luftreinhaltung bis zu mehr Freiraum für Kinder.

Als Ratsfraktion machen wir keinen Wahlkampf, bitten Sie nur um eines: nehmen Sie Ihr demokratisches Recht wahr, gehen Sie am 14. Mai wählen.

Genießen Sie den Frühling!

Ihr Redaktionsteam

JETZT DOCH: FOC AM DÖPPERSBERG ABSCHIEBUNG NACH AFGHANISTAN

■ VERKAUFSFLÄCHE SATT – EIN SEGEN FÜR DIE STADT? ■ WIR SAGEN NEIN!

In der Bezirksvertretung Elberfeld am 15.03. präsentierte Alexander Clees den aktuellen Stand des FOC in der alten Bahndirektion am Döppersberg. Es geht los mit ca. 10.000 qm Fläche im Gebäude der alten Bahndirektion. Das ehemalige Postgebäude am Kleeblatt (mit den Parkplätzen) soll aber schnell dazukommen. Dazu wird eine Brücke über die Gleise und die Oberleitung gebaut. Die Baugenehmigung für das Direktionsgebäude liegt vor. Zurzeit wird Werbung für die Vermietung gemacht. Es gibt eine Homepage: www.cityoutletwuppertal.com

Die Vermietung läuft

Erst wenn 40 bis 50 % der Flächen vermietet sind, wird der Umbau starten, eventuell im dritten Quartal 2017. Die weiteren Bauabschnitte sollen bis

2020 fertig sein. Insgesamt ergibt das 23.000 qm Verkaufsfläche. Falls die Seilbahn nicht kommt und die Bahn das Gebäude zwischen dem provisorischen Reisezentrum und dem Empfangsgebäude an die Clees-Gruppe verkauft, könnten noch einmal 7.000 qm dazukommen. Der Haupteingang des FOC wird in etwa gegenüber dem Bäckerei-Verkaufswagen liegen, also auf der vom Vorplatz abgewandten Seite. Da im Bereich vor dem Hauptportal zum Bahnhofsvorplatz ein Café angesiedelt werden soll, gibt es dort nur einen Nebeneingang, der Bereich bleibt begehbar. Die entscheidende Frage ist jedoch: Kann die Elberfelder Innenstadt die zusätzliche Verkaufsfläche verkraften? Das ist ein Thema für die Innenstadtkonferenz (siehe den Artikel oben).

In Afghanistan herrschen Krieg und Not. Es gibt keine richtige Gesundheitsversorgung und keine wirtschaftliche Lebensgrundlage. Deswegen sagen wir GRÜNEN: Abschiebungen nach Afghanistan sind menschenunwürdig.

Die Vereinten Nationen berichten, dass es keine sicheren Gebiete in Afghanistan gibt. Die Situation hat sich im letzten Jahr sogar deutlich verschlechtert. Trotzdem weigert sich die Bundesregierung bislang, die Sicherheitslage neu zu bewerten und Abschiebungen auszusetzen. Wir GRÜNEN verlangen jedoch, dass sich Landes- und Bundesregierung entschieden gegen Abschiebungen positionieren und sich für die Aufhebung des Rückübernahmeabkommens zwischen EU und Afghanistan einsetzen.

Mehrere Bundesländer in Deutschland haben klargestellt, dass sie sich nicht an den Abschiebungen beteiligen wollen. Auch NRW wird sich zumindest bis zur Landtagswahl nicht beteiligen. Das ist jedoch nicht ausreichend. Denn ohne eine Neubewertung der Sicherheitslage und eine geänderte Entscheidungspraxis des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge droht sich in Deutschland eine uneinheitliche Rückführungspraxis zu verfestigen. Es kann nicht sein, dass die Zuweisung in ein Bundesland darüber entscheidet, ob jemand nach Afghanistan zurückkehren muss oder hier bleiben darf. Wir

dürfen nicht in Kauf nehmen, dass Geflüchtete und Schutzsuchende in eine Krisenregion abgeschoben werden, weil es politisch bequem scheint. Auch die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung sagt, nicht die Lage in Afghanistan habe sich geändert, sondern die innenpolitische Diskussion in Deutschland.

Das Argument, es sollen nur allein reisende Männer zurückgeschickt werden, ist nicht akzeptabel, denn es sind oftmals genau diese, denen die Zwangsrekrutierung durch die Taliban oder den IS drohen. Außerdem haben wir gesehen, dass die abgeschobenen Menschen nicht immer kriminell waren, sondern einige sich um die Integration in Deutschland bemüht hatten.

In unserem gemeinsamen Antrag mit der Linken Fraktion an den Rat der Stadt Wuppertal vom 20.02.2017 forderten wir auch die Stadtverwaltung in Wuppertal auf, sämtliche individuellen Aspekte des Einzelfalls in Wuppertal zu bewerten und sorgfältig zu prüfen, ob andere aufenthaltsrechtliche Möglichkeiten bestehen. Unser Antrag wurde leider von den anderen Fraktionen abgelehnt.



Rechts im Bild: das Hauptportal des ehemaligen Direktionsgebäudes. Der Haupteingang des FOC wird sich jedoch links vom Bild befinden.

Foto: Klaus Lüdemann

AUS DEM INHALT

Seite 2
Gastbeitrag: G9 – so nicht!

Seite 3
Frühlingsempfang der Ratsfraktion

Seite 3
Restlos glücklich – Foodsharing in Wuppertal

Seite 4
Schlechte Luft in Wuppertal

Seite 5
Gastkommentar: Rechtspopulismus – das Elend mit den Rechten

Seite 5
Mehr Freiraum für Kinder



G9 – SO NICHT! KRITISCHE BEWERTUNG EINES VOLKSBEGEHRENS

■ VON RAINER DAHLHAUS, VORSTANDSMITGLIED DER LANDESELTERN SCHAFT DER INTEGRIERTEN SCHULEN NRW

In der Fraktionssitzung der GRÜNEN am 6. März stellte Rainer Dahlhaus, Vorstandsmitglied der Landeselternschaft der integrierten Schulen in NRW, den Gesetzentwurf des Volksbegehrens „G9 jetzt“ zur Wiedereinführung eines neunjährigen Bildungsgangs an allen Gymnasien in NRW und die damit verbundenen erheblichen Beeinträchtigungen der Bildungsbe mühungen aller anderen Schulformen der Sekundarstufe I vor.

Was will die Initiative?

Seit Januar sammelt die Initiative „G9 jetzt“ Unterschriften für ein Volksbegehren zur (Wieder-) Einführung eines flächendeckenden neunjährigen Bildungsgangs zum Abitur an Gymnasien und hat dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt. Der hat allerdings derart weitreichende negative Auswirkungen auf Haupt- und Realschulen, Gesamt- und Sekundarschulen, dass die Landeselternschaft der integrierten Schulen in NRW zusammen mit zahlreichen anderen Verbänden und politischen Gruppierungen dringend davon abrät, das Volksbegehren zu unterstützen.

Wo liegt das Problem?

Zur Wiedereinführung von G9 an allen Gymnasien des Landes sieht der Gesetzentwurf der Initiative „G9 jetzt“



Foto: Privat

nämlich vor: Dem Paragraphen 12 des Schulgesetzes wird folgender Absatz 5 angefügt: „(5) Der Pflichtunterricht für die Schüler*innen beträgt in der Sekundarstufe I maximal 180 Jahreswochenstunden.“ Damit will „G9 jetzt“ die Kürzung des Unterrichts in den Klassen 5 bis 10 für alle Schulen aller Schulformen auf maximal 180 Stunden durchsetzen. Dadurch würde den Hauptschulen, Realschulen, Sekundarschulen, Gesamtschulen – und damit 60 % der Schüler*innen – in der Sekundarstufe I Pflichtunterricht im Umfang von acht Stunden gekürzt,

das sind eine bis zwei Stunden pro Jahrgang. Es geht also um eine Unterrichtskürzung von fast 5 %.

Pflichtunterricht besteht nach geltender Rechtslage aus dem sogenannten Kernunterricht (Deutsch, Mathematik, Französisch etc.) und aus den damit untrennbar verbundenen Ergänzungsstunden, die an den Gesamtschulen u. a. Ausweitungen des Unterrichts in den Hauptfächern umfassen können sowie die Fremdsprachen ab Jahrgang 8 (oft Spanisch oder Latein).

Wo regt sich Widerstand?

Viele bildungspolitisch verantwortungsbewusste Verbände und Gruppierungen wehren sich gegen diese Kürzung um eine bis zwei Stunden im Wochenstundenplan jeden Jahrgangs an den Schulen, weil das fachliche Bildungsprogramm, das hier angeboten wird, gerade auch im bestehenden Umfang für die Schüler*innen gut und wichtig ist.

Wer ist zynisch?

Für Haupt- und Realschulen, die keine gebundenen Ganztagschulen sind, propagiert Herr Hohenstein, einer der Initiatoren des Volksbegehrens, diese Kürzung übrigens als pädagogischen Gewinn, weil die Schüler*innen

dann keinen Nachmittagsunterricht mehr hätten. Aus Sicht vieler Eltern sind Unterrichtskürzungen aber kein Gewinn für die Schüler*innen, sondern ein Verlust.

Warum werden Lehrstellen gekürzt?

Hinzu kommt: Eine Kürzung der Pflichtstunden für die Schüler*innen hat eine Kürzung der Lehrstellen zur Folge. Denn die Schüler*innen-Lehrkraft-Relation, die für die Berechnung der Lehrstellen ausschlaggebend ist, berücksichtigt drei Faktoren: Wie viel Unterricht erhält eine Klasse? Wie viele Schüler*innen bilden eine Klasse? Wie viel Unterricht erteilt eine Lehrkraft? Wird also zum Beispiel die Zahl der Unterrichtsstunden je Klasse gesenkt, kann (und wird) die Zahl der Lehrkräfte sinken. Da sich auch der Ganztagszuschlag prozentual aus der (dann reduzierten) Zahl der Lehrstellen errechnet, reduziert sich dieser zudem für gebundene Ganztagschulen und damit für fast alle Sekundar- und Gesamtschulen in NRW. Auch das wollen die Eltern nicht.

Weitere Risiken im Detail

Hinzu kommt: Bei diesem Volksbegehren stecken Risiken im Detail. Wenn der Gesetzentwurf, den „G9 jetzt“ vorgelegt hat, im Rahmen des Volksbe-

gehrens genügend Unterstützer*innen findet, hat der Landtag darüber – und über nichts anderes – zu beschließen. Anders als bei anderen Gesetzesvorhaben gibt es dann nämlich keine Möglichkeit, den Gesetzentwurf etwa im Rahmen von Expertenanhörungen noch zu verändern.

Und die GRÜNEN?

Alle im Mai zu Wahl stehenden Parteien – insbesondere auch die GRÜNEN – schlagen inzwischen in unterschiedlicher Weise die Wiedereinführung neunjähriger Bildungswege für die Gymnasiast*innen in NRW vor.

Fazit

Vor diesem Hintergrund rät Rainer Dahlhaus dringend, das Volksbegehren nicht durch eine Unterschrift zu unterstützen: Auch Befürworter*innen von G9 am Gymnasium können angesichts der vorliegenden Wahlprogramme der politischen Parteien darauf vertrauen, dass ihr Anliegen Berücksichtigung findet – und zwar in einem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren, das die Anhörung von Expert*innen aus Eltern-, Schüler- und Lehrerverbänden einschließt und damit viel besser geeignet ist, unerwünschte Nebenwirkungen einer Wiedereinführung von G9 zu minimieren.

VORGESTELLT:

YAZGÜLÜ ZEYBEK



Foto: ©Thomas Hendrich

Yazgülü Zeybek wurde in Solingen als Tochter politischer Flüchtlinge aus der Türkei, die in den 80er-Jahren nach Deutschland kamen, geboren. In ihrer Kindheit in Aachen und in Koblenz verbrachte sie bereits viel Zeit auf Demos und mit politisch engagierten Menschen unterschiedlicher Herkunft. In einem multikulturellen Umfeld fühlte sie sich schon immer zu Hause, so zog es sie nach dem Abitur an der Deutschen Schule Istanbul zum Studium der Internationalen und Europäischen Politik nach Großbritannien an die London School of Economics.

Zu den GRÜNEN kam Yazgülü über die parteinahe Heinrich-Böll-Stiftung in Brüssel, wo sie im spannenden Umfeld der europäischen Institutionen einige Jahre arbeitete. Im Jahr 2012 kehrte sie nach Deutschland zu ihrer mittlerweile in Wuppertal ansässigen Familie zurück. Das passte gut zu ihrem Wunsch, bei dem Politikwissen-

schaftler Prof. H.-J. Lietzmann an der Bergischen Universität Wuppertal zum Thema „Zivilgesellschaft in der Türkei“ zu promovieren. Gleichzeitig arbeitete sie im Bauunternehmen ihrer Familie an Projekten zur Flüchtlingsunterbringung mit.

Bei den Wuppertaler GRÜNEN war sie Beisitzerin im Vorstand und kandidierte 2014 für die Kommunalwahl mit den Themenschwerpunkten Gleichstellungs- und Integrationspolitik. Nachdem Tanja Wallraf aus persönlichen Gründen ausschied, rückte Yazgülü im Januar 2017 in den Wuppertaler Stadtrat nach.

Im Rat ist sie stellvertretende Vorsitzende im Gleichstellungsausschuss, Mitglied im Integrationsrat und stellvertretendes Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss. Für sie bedeutet ihre Tätigkeit im Rat nicht nur die Mitgestaltung der kommunalen Politik, sondern auch die Zusammenarbeit mit den vielen tollen Vereinen und Initiativen sowie den Menschen in der Stadt, die selbst täglich viel bewegen. In Bereichen wie der Gesundheitsversorgung, der Kinderbetreuung, der Teilhabe am öffentlichen Leben, dem Kulturangebot sollen die Bedürfnisse von Frauen und Migrant*innen besonders beachtet werden.

Sie hat gleich in ihrer ersten Ratssitzung auch ihre erste Rede gehalten, gegen die Abschiebungen nach Afghanistan (siehe Artikel Seite 1) – dass alle mitreden und mitstreiten ist bei den GRÜNEN nämlich die Norm. Als jüngstes Ratsmitglied und Frau mit Migrationshintergrund hat sich Yazgülü fest vorgenommen, die Alte-Herren-Politik im Stadtrat aufzumischen.

STADTMÖBEL IM TREND

■ MEGA-TRAFFIC-CITY-ROAD-LIGHT-SELECT-NET-WERBETAFELN

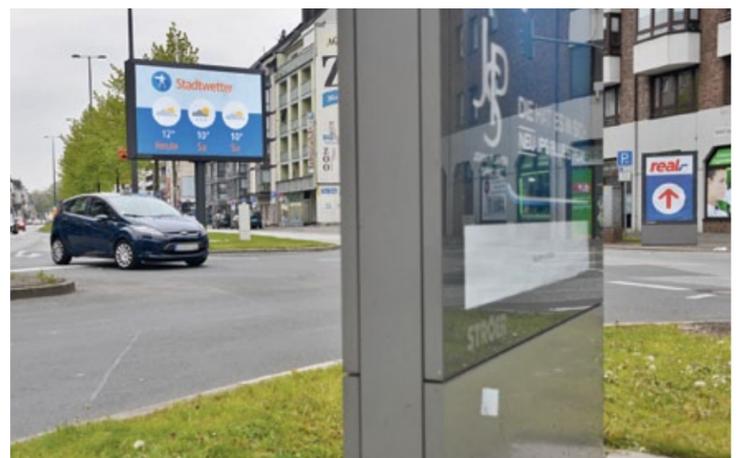


Das, was Werbung unbedingt erreichen will, nämlich Aufmerksamkeit zu erregen, trägt zu einem Dilemma im öffentlichen Straßenverkehr bei: Je erfolgreicher die Werbung ist, desto größer wird die Gefahr für alle Verkehrsteilnehmer*innen.

Kreuzungen, Fußgängerampeln oder besonders stauanfällige Straßenabschnitte sind ideale Sammelpunkte für die Platzierung von Werbung. Auch die B7 mit dem grünen Mittelstreifen hat sich zu einem Stellplatz für großformatige Werbeträger entwickelt. Alle 200 bis 300 Meter eine neue Information, teilweise digital gesteuert und mit Leuchtkraft ausgestattet. Alle paar Sekunden findet ein Bildwechsel statt. Für aufmerksame Fahrer*innen ist es eigentlich Pflicht, Lichtsignale bzw. Bewegungen wahrzunehmen, denn sie können für die eigene Sicherheit oder die anderer Verkehrsteilnehmer*innen entscheidend sein. 80 % aller Verkehrsunfälle werden durch das Abgelenktsein des Fahrers bzw. der Fahrerin verursacht. Wie viele Sekunden fehlender Aufmerksamkeit reichen aus,

mehr unterscheiden lässt? Erste Studien zeigen, dass Werbeträger doppelt so häufig wahrgenommen werden wie Verkehrsschilder. Mehr noch, 14 % der Teilnehmenden einer Verkehrsstudie schauten länger als sechs Sekunden auf einen Werbeträger. Welche Schlussfolgerungen sind daraus zu ziehen für das Aufstellen von Werbeträgern im Straßenverkehr?

Werbung ist Information, Ablenkung und Belästigung zugleich. Das soll heißen, sie hat durchaus ihre Berechtigung im öffentlichen Raum und kann durch ein ansprechendes Erscheinungsbild die Stadtgestaltung bereichern. Nimmt sie überhand, dann entsteht ein Gefühl des Bedrängtheits und schon ist es vorbei mit der wohlwollenden Informationsaufnahme. Grünflächen, Skulpturen und Denkmäler sollten zudem frei von konkurrierenden Werbeanlagen ihre ganze Wirkung entfalten dürfen. Dafür brauchen wir ein Werbekonzept, das die Verwaltung handlungsfähig macht und Orientierung bietet.





FRÜHLINGSEMPFANG DER RATSFRAKTION

DIE GRÜNEN FEIERTEN AM 4. MÄRZ MAL WIEDER AN EINEM BESONDEREN ORT



Der Frühlingsempfang der GRÜNEN Ratsfraktion fand im Café der Alten Feuerwache statt, die mit ihrer Aktion „25 Jahre Kinderarmut“ große Aufmerksamkeit in Wuppertal erregte.

Marc Schulz, der GRÜNE Fraktionsvorsitzende, wies darauf hin, dass in den letzten Jahren vieles in Wuppertal besser geworden ist. Besonders hob er Toleranz, Vielfalt und Offenheit hervor und das große Engagement in der Flüchtlingsarbeit. Aber er übte auch

berechtigte Kritik, z.B. am Umgang der GroKo mit der Überlastung des Einwohnermeldeamts, an der immer noch zu hohen Kinder- und Jugendarmut in unserer Stadt und daran, dass die notwendige siebte Gesamtschule weiter auf sich warten lässt. Mehr und flexiblere Betreuungsangebote, eine bessere Finanzausstattung der freien Wohlfahrtsverbände und Sportvereine und eine gerechtere Staffelung der Kita-Gebühren kosteten zwar Geld, seien aber im Sinne eines prä-

ventiven Ansatzes unverzichtbar, wie er in Anwesenheit des Oberbürgermeisters, der genau das während des OB-Wahlkampfes immer wieder in Aussicht gestellt hatte, betonte.

Anja Liebert, die GRÜNE Fraktionsvorsitzende, wies angesichts des bevorstehenden Internationalen Frauentages auf ein Alleinstellungsmerkmal der GRÜNEN hin: Frauen gehören bei uns traditionell ganz nach vorn, deshalb haben die GRÜNEN auch eine Doppelspitze. Grundsätzlich werden mindestens die Hälfte aller Posten mit Frauen besetzt. Anja Lieberts weitere Themen waren der Mangel an autofreien Siedlungen, die Chancen für die Umgestaltung des Platzes am Kolk zu einem Begegnungsort für Bürger*innen und der Wunsch, dass die Kosten des ÖPNV nicht davon abhängig gemacht werden, wie viel Kohle in Wilhelmshaven verbrannt wird.

Jörg Degenkolb-Degerli, Bühnenliterat und Slam-Poet, lockerte zwischen den politischen Reden die Stimmung auf und ließ weder die Schwebbahn noch die GRÜNE Ratsfraktion ungeschoren.

Sylvia Löhrmann, stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes NRW, bilanzierte die GRÜNE Regierungsarbeit und die Auswirkungen auf die Kommunen als sehr positiv und nannte drei Beispiele: Mit dem Stärkungspakt NRW hat Wuppertal die Chance auf einen ausgeglichenen Haushalt, das Konzept „Kein Kind zurücklassen“ wurde von der Landesregierung aufgelegt und die Finanzierung der Schulsozialarbeit übernommen.

Bürgermeisterin Bettina Brücher überreichte erstmalig den mit 150 Euro dotierten Preis „Goldene Sonnenblume“, und zwar an die Foodsharing-Initiative Wuppertal. Mit dem Preis zeichnet die bündnisgrüne Ratsfraktion Initiativen aus, die sich in unserer Stadt für einen nachhaltigen Lebensstil einsetzen. Wir haben uns gefreut, dass auch dieses Jahr weit über 100 Wuppertaler*innen unserer Einladung gefolgt sind.



RESTLOS GLÜCKLICH – FOODSHARING IN WUPPERTAL

■ VON DANIELA SALETH UND JONATHAN RIES

Pro Sekunde landen in Deutschland 313 Kilo Nahrungsmittel im Müll. Das sind über 18 Millionen Tonnen pro Jahr, wovon 10 Millionen Tonnen vermeidbar wären – etwa durch nachhaltigeres Management und veränderte Konsumgewohnheiten. Solange dies jedoch noch nicht der Fall ist, hat die Foodsharing-Bewegung einiges zu tun – auch in Wuppertal!

Mit der Veröffentlichung des Filmes „Taste the Waste“ von Valentin Thurn ist im Jahre 2011 Lebensmittelverschwendung im Bewusstsein der Gesellschaft angekommen. Dank der internationalen Plattform foodsharing.de können Wuppertaler*innen seit 2012 „Essenskörbe“ hochladen und „fairteilen“; da landet dann der übrig-



Foto: Privat

gebliebene Kartoffelsalat, die Äpfel, die man nicht in den Urlaub mitnehmen will, oder die Spinatnudeln, die man selbst nicht mag. Ein Großteil der Verschwendung, etwa 40%, findet nämlich in den Privathaushalten statt. Ende 2013 ergriff Markus Zöllner dann die Initiative und weitete als erster Botschafter der Stadt Foodsharing Wuppertal auf die Supermärkte aus. Mit Kaufpark (REWE) baute er die erste Kooperation auf und fairteilte mit einer schnell anwachsenden Community die geretteten Lebensmittel im ersten provisorischen Fair-Teiler auf dem Ölberg in der Schreinerstraße. Mittlerweile – drei Jahre später – sind es sechs Fair-teiler und fünf Botschafter in Wuppertal, über 25 kooperierende Betriebe und etwa 140 aktive Foodsaver, die

regelmäßig Lebensmittel vor der Tonne retten. Foodsharing und die Tafel e.V. kooperieren hierbei – wo die Tafel Bedürftigkeit in den Mittelpunkt stellt, bemüht sich Foodsharing, Aufmerksamkeit auf Lebensmittelverschwendung zu lenken. Daher darf jeder Mensch die Fair-Teiler kostenlos nutzen, d. h. dort gerettete Lebensmittel abholen oder überschüssige Lebensmittel abgeben und sich selbst ein Bild machen.

Foodsharing agiert generell geldfrei und wird von einem stadtweiten Netzwerk unterstützt. Die gemeinnützigen Vereine Sozialtal e.V., UtopiaStadt e.V., Aufbruch am Arrenberg e.V., Tachelles e.V. und NaBa e.V. stellen genauso wie der AstA der Uni Wuppertal unentgeltlich ihre Räumlichkeiten zur

Verfügung. Darüber hinaus kooperiert Foodsharing mit den Urbanen Gärten Wuppertal (Kompostierung) und den Mirker Schraubau (Lastenräder). Mit der Verleihung der Goldenen Sonnenblume 2017 förderten die GRÜNEN Letzteres und trugen zum Ausbau einer Lastenradflotte bei.

Ihr wollt mitmachen? Einfach auf foodsharing.de anmelden und Foodsaver werden.



Foto: Privat

GASTKOMMENTAR: SO KURZ VOR DEN WAHLEN – AUF IHRE STIMME KOMMT ES AN

■ VON JUTTA VELTE MDL, BERGISCHE LANDTAGSABGEORDNETE DER GRÜNEN

Wir GRÜNEN haben viel erreicht in den letzten sieben Jahren. Wir haben die Inklusion auf den Weg gebracht – in den Schulen, in den Städten. Menschen sollen unabhängig von ihrer Behinderung, Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer religiösen Überzeugung teilhaben können am öffentlichen Leben. Sie sollen die Möglichkeit haben, sich frei und ungehindert entfalten zu können.

Wir haben den Klimaschutzplan auf den Weg gebracht. Für bessere Luft in unseren Städten, für den Schutz unserer Lebensgrundlagen in der gemeinsamen Verantwortung für das Klima. Wir stehen für eine bessere Mobilität mit dem Pedelec, mit dem Fahrrad, mit dem ÖPNV. Wir fördern



Foto: Privat

Fahrradwege, wir haben das Sozialticket eingeführt. Wir wollen, dass Sie für zwei Euro am Tag ganz NRW bereisen können.

Wir fördern den sozialen Wohnungsbau. Wir haben in NRW als erstes Bundesland einen Integrationsplan vorgelegt. Wir haben mit dem Stärkungspakt dafür gesorgt, dass auch die Stadt Wuppertal endlich eine Chance auf einen ausgeglichenen Haushalt hat und wieder handlungsfähig wird. Wir unterstützen mit „Gute Schule 2020“ die Stadt beim Schulbau.

Wir sind stolz auf das, was wir erreicht haben. Wir haben gehalten, was wir versprochen haben. Ruhig, sachlich und mit dem klaren Ziel vor Augen. Und dennoch gibt es Kräfte, die diese

guten Entwicklungen wieder zurückdrehen wollen. Das wollen wir verhindern. Denn die Antworten von gestern sind keine für morgen. Unsere Stadtgesellschaften haben sich weiterentwickelt.

Die Bekämpfung von Kinder- und Altersarmut, die Veränderung der Arbeitswelt durch Digitalisierung, neue und andere Infrastrukturen für die Mobilität von morgen, das sind die Herausforderungen, denen sich Stadt und Land jetzt stellen (müssen). Ein Zurück kann und darf es da nicht geben. Es gilt nach vorne zu schauen, das Erreichte zu sichern und gemeinsam das Neue zu wagen.

Wuppertal und ganz NRW sind in Bewegung. Gerade in Wuppertal gibt es mehr und mehr Menschen, die sich

engagieren, die sich für ihre „Stadt der Zukunft“ stark machen. Am Arrenberg und anderswo. Wir GRÜNEN sind an vielen Stellen dabei. Neben der Politik engagieren sich viele von uns in Bürgervereinen, Flüchtlingsinitiativen, wo immer wir etwas zum Gelingen von Zukunftsprojekten beitragen können. Ruhig, sachlich, mit Herz und Verstand. Überall kämpfen wir für ein **ökologisches, faires und weltoffenes NRW**. Ein NRW, in dem die Menschen bei aller Unterschiedlichkeit **zusammenstehen**.

Am 14. Mai sind Wahlen. Es geht um viel. Es geht um Sie. Informieren Sie sich an unseren Ständen. Fragen Sie nach, schimpfen Sie, loben Sie! Und vor allem: **GEHEN SIE WÄHLEN!**

SCHLECHTE LUFT IN WUPPERTAL

■ AUSWIRKUNGEN DES STRASSENVERKEHRS IMMER MEHR IN DER KRITIK

Die Europäische Luftqualitätsrichtlinie fordert bereits seit 2010 saubere Luft in den Innenstädten. Zwar sind die Feinstaubwerte in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen, doch die Grenzwerte für Stickstoffdioxid werden in zahlreichen NRW-Städten immer noch erheblich überschritten. Hohe Stickstoffdioxidwerte, auch in Kombination mit anderen Luftschadstoffen, gefährden nachweislich die Gesundheit der Bürger*innen. Im Jahr 2016 wurde an den Messstationen Gathe und Steinweg, wichtige Repräsentanten für viele Straßen im Wuppertaler Stadtgebiet mit vergleichbarer Lage und Kfz-Verkehrsbelastung, der zulässige Stickstoffdioxid-Jahresmittelwert ($40 \mu\text{g}/\text{m}^3$) überschritten. Im Straßenverkehr sind Dieselfahrzeuge unumstritten Hauptverursacher.

lässt nun die Kommunen die Suppe auslöffeln. Die Deutsche Umwelthilfe hat bereits zahlreiche Kommunen verklagt, da diese keine geeigneten Schutzmaßnahmen für ihre Bürger*innen ergreifen. Stuttgart und München stehen kurz davor, Fahrverbote für Dieselfahrzeuge zu erlassen. Die Stadt Düsseldorf muss laut Gerichtsbeschluss ihren Luftreinhalteplan überarbeiten und Fahrverbote sind in der Diskussion. Die Einführung einer „Blauen Plakette“ wäre jedoch nur dann sinnvoll, wenn sie sich an tatsächlichen Abgaswerten orientieren und den Kauf von wirklich sauberen Fahrzeugen fördern würde. Im vergangenen März hat der BUND vor Gericht einen Verkaufsstopp für zu viel Stickoxid ausstoßende Diesel-Neuwagen beantragt.

der Bevölkerung sicherzustellen. Dazu ist es notwendig, den Fuß-, Rad- und Nahverkehr zu stärken. Es kann nicht akzeptiert werden, dass die Grenzwerte für Luftschadstoffe ohne Sanktionen überschritten werden. Doch ohne Unterstützung von Land und Bund können die Wuppertaler Stadtwerke den ÖPNV nicht weiter ausbauen, aktuell sind eher weitere Linienkürzungen zu befürchten.

Erfolgsversprechende Maßnahmen wären sichere Wege für den Fuß- und Radverkehr, der Umstieg auf Elektromobilität beim Busverkehr, beim Lieferungsverkehr und in den städtischen Fuhrparks, die Unterstützung von Carsharing-Konzepten, die Förderung von Bürgerbus-Initiativen sowie der Aufbau eines schulischen und betrieblichen Mobilitätsmanagements mit attraktiven Jobticketangeboten. Nur wer gute Alternativen zum Auto nutzen kann, steigt um. Gute und schnelle Verbindungen mit funktionierenden Anschlüssen müssen gewährleistet sein. Darüber hinaus ist ein Ansatz die Kombinationsmöglichkeit von Fahrrad, Carsharing, Bus und Bahn.

Rückwärtsgewandte Verkehrspolitik ist nicht tolerierbar

Seitdem Wuppertal Umweltzonen eingerichtet hat, sinken die Feinstaubwerte, viele Pkw, Busse und Lkw wurden mit Partikelfiltern nachgerüstet. Völlig rückwärtsgewandt ist das Vorhaben des autobahnähnlichen Ausbaus der L 419. Die Verkehrspolitik der 60er- und 70er-Jahre des letzten Jahrhunderts soll nun umgesetzt werden. Zielsetzung dabei ist es, das Verkehrsaufkommen, inkl. Luft- und Lärmbelastungen, signifikant zu erhöhen. Die Tatsache, dass die A 46 im Wuppertaler Stadtgebiet einen Hintergrundbeitrag zur Stickstoffdioxid-Belastung liefert, macht es natürlich umso dringlicher, den innerörtlichen Stickstoffdioxid-Anteil zu reduzieren. Eine

zusätzliche Reduktion des A 46-Stickstoffdioxidanteils bleibt davon unberührt und darum kann ein Tempolimit nicht länger von Bezirksregierung und Bund abgelehnt werden.

Elektromobilität: Bahn, Bus, Auto und Fahrrad

Da die Automobilindustrie von der Bundesregierung nicht verpflichtet wird, schadstoffarme Fahrzeuge zu produzieren, wird der Rückgang der erhöhten Schadstoffwerte auf sich warten lassen. Doch die Kommunen sind jetzt verpflichtet, die Schadstoffe zu reduzieren, um den Gesundheitsschutz für ihre Bürger*innen zu gewährleisten. Fahrzeuge mit Elektroantrieb, seien es die Schwebelbahn, die geplante Seilbahn, Busse, Pkw, Lkw oder Fahrräder, können die Situation entschärfen. Auch gibt es im Bergischen Land bereits mehr als 6.000 Elektro-Fahrräder. Sollte sich in der aktuellen Diskussion die Seilbahn als realisierbar herausstellen, wären wir auch hier ein ganzes Stück weiter. Doch im Bereich der Elektro-Autos und Lkw sieht es noch nicht so gut aus. Dank der Initiative „W-E-Mobil“ von Jörg Heynkes liegt Wuppertal mit ca. 200 angemeldeten Elektroautos zwar an der Spitze der Kommunen, doch Auswirkungen auf die Luftqualität kann diese Anzahl noch nicht haben.

Das Elektromobilitätsgesetz der Bundesregierung, die mit einer Kaufprämie für E-Autos den Absatz ankurbeln wollte, ist leider ein echter Rohrkippler, da Fahrzeuge mit althergebrachter fossiler Antriebstechnik immer noch zu stark subventioniert werden. Der hundertprozentige Ersatz der jetzigen Fahrzeugflotte durch Elektroantriebe wird nicht funktionieren. Der Energiebedarf kann nach heutigem Stand nicht mit Ökostrom gedeckt werden. Auch der Flächenanspruch und die Ökobilanz dieser Fahrzeuge bietet wenig Perspektive.

Wuppertal wird Fahrradstadt

Dank der Nordbahntrasse wissen wir, dass gefühlt alle Wuppertaler*innen ein Fahrrad besitzen. Die goldene Regel besagt: Bei guter Verkehrsinfrastruktur kommen auch die Nutzer*innen. Aber: Beseitigt man Infrastruktur (Gehwege), dann sinkt die Zahl (der Menschen, die zu Fuß gehen). Im Wuppertaler Straßenverkehr sind Radfahrende nicht zu übersehen, auch bei schlechtem Wetter. Der Bedarf ist da!

Die aktuelle Diskussion über das neue Radverkehrskonzept muss dazu führen, dass konsequent alle Möglichkeiten, die Fahrradinfrastruktur zu verbessern, umgesetzt werden. In den Gremien muss der Fahrradverkehr einen höheren Stellenwert einnehmen. Geld muss im städtischen Haushalt 2018/2019 eingestellt werden. Wenn Wuppertal bis 2025 wirklich Fahrradstadt werden soll, reichen Lippenbekennnisse nicht aus.

Mit einem Bürgerticket gelingt der Umstieg

Wuppertal diskutiert seit Jahren über ein Bürgerticket, quasi ein „Semesterticket für alle“. In einem Workshop im vergangenen März sprachen sich nahezu alle Beteiligten für ein solches Ticket aus. Offen ist, welches Finanzierungsmodell eine funktionierende und sozial gerechte Umsetzung realisierbar macht. Ein starker Anreiz für den Umstieg vom Auto auf den ÖPNV wäre es allemal. Der dazu notwendige Ausbau des Bus- und Bahnangebotes muss mit Mitteln des Bundes finanziert werden.

Fazit

Die Verkehrswende muss kommen, es führt kein Weg daran vorbei. Die Ziele des Klimaschutzes, der Luftreinhaltung und der Lärminderung sind nur dann zu erreichen, wenn deutlich weniger Treibhausgase, Luftschadstoffe und Lärm produziert werden.



Deren Zahl ist in den vergangenen Jahren durch Subventionen stark angestiegen. Das Bundesverkehrsministerium hat eindeutig nachgewiesen, dass der Ausstoß von Stickoxiden bei den Neuwagen der meisten Automobilhersteller um ein Vielfaches über den Grenzwerten liegt und diese somit die Euro-6-Norm nicht einhalten. Die Bundesregierung hat diesem Treiben bisher tatenlos zugesehen und

Was sind die GRÜNEN Konzepte für Wuppertal?

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert vom Rat der Stadt, in der Ratsitzung am 15.05. klare Worte an die Bundesregierung zu formulieren. Der Bund trägt die Verantwortung und muss die Städte stärker darin unterstützen, die Luftqualitätsrichtlinien einzuhalten und eine nachhaltige Mobilität für den Gesundheitsschutz

ÜBERGRIFFE AUF EINSATZKRÄFTE

■ IN WUPPERTAL (NOCH) KEIN THEMA?

Die Aggression gegen Beschäftigte in öffentlichen Ämtern nimmt generell bundesweit zu, so lassen es die Medienberichte zumindest vermuten. In einer Dokumentation der Feuerwehr Düsseldorf werden für den Zeitraum September 2016 bis Februar 2017 56 Fälle von Übergriffen auf Sanitäter und Einsatzkräfte gemeldet. In 30 Fällen sei es zu Androhung von Gewalt oder zur tatsächlichen Anwendung von Gewalt gegen Einsatzkräfte gekommen.

Sind die Einsatzkräfte in Wuppertal ähnlichen Bedrohungslagen ausgesetzt? Mit einer großen Anfrage baten wir die Verwaltung, hierzu eine Übersicht zu erstellen. Erstaunlich ist, dass es in Wuppertal zu entsprechenden Vorfällen weder eine übergreifende städtische Statistik gibt, noch bei den einzelnen Einheiten (z.B. Feuerwehr, Vollstreckung und Ordnungsamt) solche Statistiken geführt werden. Die Mitarbeiter*innen des kommunalen Ordnungsdienstes nehmen seit Jahren an einem Einsatztraining teil, da sie in ihrer Tätigkeit situativ auch unmittelbaren Zwang einsetzen müssen. Zum

Schutz der Mitarbeiter*innen wurden unter anderem ballistische Schutzwesten beschafft.

Differenzierter fällt die Beurteilung der Bedrohungs- und Gefährdungslage bei der Wuppertaler Feuerwehr aus. Zwar wird nach Aussage der Verwaltung auch hier keine Statistik zu Übergriffen auf Einsatzkräfte geführt. Der Personalrat des Stadtbetriebes Feuerwehr kommt aber offenbar zu einer Einschätzung. Er fordert nämlich im Rahmen seiner Beteiligung beim Thema Arbeitsschutz die Anfertigung von Gefährdungsanalysen, da es immer wieder zu Übergriffen auf Einsatzkräfte (insbesondere des Rettungsdienstes) komme. Nach GRÜNER Auffassung ist insbesondere das Fehlen einer gemeinsamen städtischen Statistik zu Übergriffen auf Einsatzkräfte eine Missachtung der berechtigten Interessen der Mitarbeiter*innen, die sich mit Leib und Leben für unsere Sicherheit einsetzen. Nach einer Zusage des Dezernenten in der Sitzung des Ausschusses soll zumindest diese einheitliche Statistik in der Stadt nun eingeführt werden.

METROPOLREGION RHEINLAND

■ EINE CHANCE FÜR WUPPERTAL?

Am 15. Februar beschloss der Rat der Stadt Wuppertal den Beitritt zur Metropolregion Rheinland (MRR), die dann am 20. Februar in Düsseldorf offiziell gegründet wurde.

Um im Wettbewerb z. B. um Fördergelder bestehen zu können, ist interkommunale Zusammenarbeit ein Gebot unserer Zeit, an ihr führt kein Weg vorbei. Dazu ist die Gründung der MRR ein wichtiger Schritt, den wir als GRÜNE Fraktion ausdrücklich begrüßen. Blickt man allerdings zurück, war das nicht von Beginn an so, denn wir haben schon erhebliche Kritik sowohl an der Zusammensetzung dieses Konstruktes wie auch an der inhaltlichen Aufgabenstellung geübt. Daran ist in den vergangenen Wochen und Monaten intensiv gearbeitet worden, mit dem Ergebnis einer deutlich breiter aufgestellten Vereinsstruktur, an der u. a. auch Umweltverbände, Gewerkschaften und die Verkehrsverbände zumindest als beratende Mitglieder beteiligt werden. Ebenso wurde die Beteiligung der kommunalen Gremien gestärkt und eine Evaluation nach drei Jahren aufgenommen. Dennoch sind

damit nicht alle Kritikpunkte ausgeräumt. Wir sind der Auffassung, dass die MRR perspektivisch weiterentwickelt werden muss. Die Vereinsstruktur sollte künftig durch eine demokratisch legitimierte Struktur ersetzt werden. Außerdem ist uns auch die inhaltliche Ausrichtung noch nicht klar genug. Hierzu sollten vor allem die Anregungen, die aus dem Kuratorium und dem Beirat kommen, ernst genommen und im weiteren Prozess eingearbeitet werden. Entscheidend ist ebenfalls, mit der Evaluation nicht erst nach drei Jah-

ren zu beginnen. Wir GRÜNEN haben uns dazu rheinlandweit gut vernetzt, um diesen Prozess aktiv zu begleiten. Darüber hinaus müssen sich aber auch Wuppertal und das Bergische Städtedreieck innerhalb der Metropolregion Rheinland deutlich positionieren. Wir müssen auf Augenhöhe mit Köln, Düsseldorf oder auch der Städteregion Aachen agieren. Nur dann können wir unsere Ziele erreichen. Aber jetzt soll es erst einmal losgehen, und wir wünschen der Metropolregion Rheinland einen guten Start!



Cartoon: Harm Bengen

MEHR FREIRAUM FÜR KINDER

■ EIN GEWINN FÜR ALLE!



Kaum steigen die Temperaturen an, nimmt die Zahl der Kinder zu, die sich zu Fuß in Richtung Spiel- oder Sportplätze oder Kinder- und Jugendtreffs aufmachen, um draußen zu spielen. So auch im Quartier Arrenberg.

Hier liegen diese Ziele direkt nebeneinander: Kinder- und Jugendtreff, Kindertagesstätte und ein kleiner Ballspielplatz. Da kann es passieren, dass Autofahrer*innen plötzlich ein Ball vor das Auto rollt und ein Kind hinterherläuft. Bei dem erlaubten Tempo 30 beträgt der Bremsweg 8,3 Meter.

Was spricht also dagegen, diesen Abschnitt in einen verkehrsberuhigten Bereich oder genauer gesagt

in einen Spielstraßen-Bereich umzuwandeln? Mit kostengünstigen Markierungen und Pollern und einer einheitlichen Gestaltung der Einfahrtssituationen könnte die Stadtverwaltung dies umsetzen. Autofahrer*innen gewöhnen sich schnell an das vorgeschriebene Schritttempo.

Die Kampagne „Mehr Freiraum für Kinder. Ein Gewinn für alle!“ des Arbeitskreises Verkehrssicherheit des NRW-Verkehrsministeriums unterstützt seit 2014 Kommunen bei derartigen Maßnahmen. Ziel der Kampagne ist es, in Städten und Quartieren die Rahmenbedingungen für eigenständiges, sicheres Unterwegssein und freies Spiel zu schaffen und Straßen-

räume für Kinder zurückzuerobern. Verschiedene Studien zeigen: Kinder, die sich draußen frei bewegen und ihre Wege allein zurücklegen können, sind gesund, selbstbewusst und sozialkompetent.

Viele Praxisbeispiele und Erfahrungen aus anderen Kommunen weisen den „Gewinn für alle“ auf: Ein verkehrsberuhigtes Wohnumfeld steigert nicht nur die Wohnqualität für Kinder, sondern für alle. Die Bedürfnisse, Interessen und Ansprüche von Kindern im Straßenraum müssen in unserer Stadt sichtbar werden – auch wenn das manchmal mit Einschränkungen des Autoverkehrs verbunden ist.

BERGISCHER RAT WIRD GRÜNER

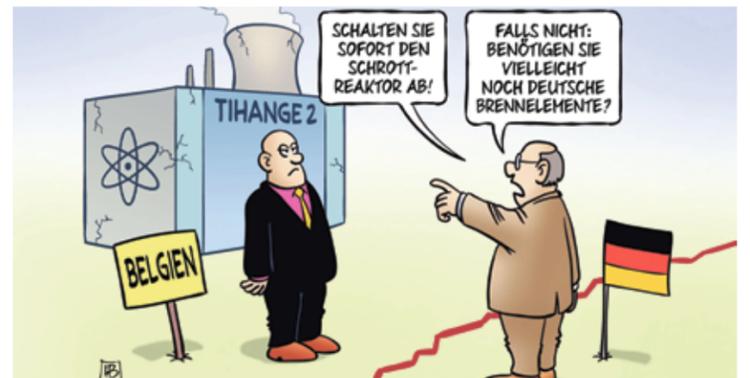
■ BESCHLÜSSE FÜR MEHR KLIMASCHUTZ

Der Bergische Rat wurde im April 2015 gegründet und hat als Ziel die Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal. Damit verbunden sollen auch die Chancen auf Fördermittel von Land, Bund und EU steigen. In der dritten Sitzung des Bergischen Rates am 24. März 2017 gab es interessante Mehrheitskonstellationen. Obwohl SPD und CDU (wie im Wuppertaler Stadtrat) üblicherweise zusammen die Mehrheit haben, wurden zwei GRÜNE Initiativen beschlossen.

Der Bergische Rat hat sich mehrheitlich der bergischen Erklärung „100 % Erneuerbare Energien Region“ angeschlossen, die 2012 von den Landtags- und Bundestagsabgeordneten des Bergischen Landes unterzeichnet wurde. Mit der Energiewende können wir den Strukturwandel im Bergischen fördern und Arbeitsplätze schaffen. Für ein gemeinsames, koordiniertes Vorgehen innerhalb der Region ist es

ein wichtiges Zeichen, dass die Erklärung von der Politik mitgetragen wird und konkrete Projekte initiiert werden. Klimaschutz kann gar nicht genug Unterstützer*innen haben!

Außerdem hat sich der Bergische Rat einem Remscheider Ratsbeschluss angeschlossen, der auf einen GRÜNEN Antrag zurückgeht. Darin wird gefordert, die Städteregion Aachen in ihren Bemühungen zur Abschaltung der Schrottreaktoren in Tihange und Doel zu unterstützen. Die Bedrohung ist konkret, so werden unter anderem in den Kommunen bereits Jodtabletten zum Schutz der Bevölkerung bei einer möglichen Atomkatastrophe gelagert. Die Vertreter*innen der CDU im Bergischen Rat haben sich bei der Abstimmung leider enthalten, obwohl die drei Oberbürgermeister aus Wuppertal, Remscheid und Solingen sowie die IHK-Vertreter die Wichtigkeit dieses Themas herausstellten und sich für den Antrag aussprachen.



Cartoon: Harm Bengen

POLITISCHE TEILHABE FÜR HÖRGESCHÄDIGTE ERMÖGLICHEN

Oder: Was lange währt, wird hoffentlich bald gut

Im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen – also im November 2015 – haben wir als bündnisgrüne Ratsfraktion einen Antrag eingebracht, für gehörlose oder hörgeschädigte Menschen den Zugang zu den Ratsitzungen zu ermöglichen. Damit soll die

Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an politischen Entscheidungen verbessert werden. Das ist ein wichtiger Aspekt bei der Umsetzung von Inklusion. Durch die Übertragung der Ratsitzungen ins Internet ergibt sich dafür eine große Reichweite.

Unser Antrag wurde dann von den Mehrheitsfraktionen in einen Prüfauftrag umgewandelt. In der Februar-Sit-

zung 2017 lag dem Fachausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit nun eine Drucksache vor, in der die verschiedenen Möglichkeiten der Teilhabe von Menschen mit Hörschädigung an den Ratsitzungen dargestellt wurden. Der Ausschuss war, ebenso wie zuvor der Beirat der Menschen mit Behinderung, aufgefordert, eine Empfehlung hierüber auszusprechen. Dabei folgte

der Ausschuss einstimmig dem Votum des Beirates, der sich dafür aussprach, sowohl die Schriftdolmetschung als auch die Gebärdendolmetschung einzuführen.

Dieses zweigleisige Vorgehen ist notwendig, da viele von Geburt an Hörgeschädigte die Schriftsprache nicht gut beherrschen. Andererseits lernen Menschen, die im Laufe ihres Lebens

eine Hörschädigung erwerben, oft die Gebärdensprache nicht mehr.

Wir GRÜNEN freuen uns, dass der Ausschuss mit dieser einstimmigen Empfehlung ein deutliches Zeichen für Inklusion in Wuppertal gesetzt hat. Nun haben wir einen Verfahrensvorschlag und hoffen, dass dieser zügig umgesetzt wird!

RECHTSPOPULISMUS – DAS ELENDE MIT DER RECHTEN

■ GASTKOMMENTAR DES KREISVORSTANDES VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN WUPPERTAL

Ein Gespenst geht um in Europa: der Rechtspopulismus. Der AfD in Deutschland gelingt es bis weit in das konservative und linkssozialdemokratische Lager hinein, Stimmen abfischen.

Die AfD hält Parteiqueren im Zaum. Man überzieht sich mit Parteiauschlussverfahren (Frauke Petri kontra Björn Höcke z.B.), das jedoch in der Gewissheit, dass der zuständige Parteirat keine Entscheidung treffen wird. Mit Björn Höcke erleben NPD-nahe Führungsfiguren eine Auferstehung bei der AfD. Er forderte in seiner Dresdener Rede vom 19.01. eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ und die Rückkehr des „Völkischen“ in der Politik. Aber auch mit Frauke Petri und dem NRW-Landesvorsitzenden Markus Pretzel sind rechte Extremopo-

pulisten am Werk, die sich an Le Pen und Putin orientieren und einen autoritären Staat propagieren. Eine dritte Strömung sind christliche Fundamentalisten um Beatrice von Storch, die radikalliberale Marktwirtschaft mit ständisch-klerikalen Vorstellungen paaren. Auf Dauer wird dieser Höllenmix auseinanderbersten, aber solange die Wähler*innen keine Notiz von den Wahlprogrammen nehmen und aus dumpfen Ressentiments gegen intellektuelle Eliten und Ausländer ihre Stimme den Rechten (ver)schenken, wächst die AfD weiter.

In den letzten Wochen hat es zwei Veranstaltungen in Wuppertal gegeben. Eine geplatze Diskussionsveranstaltung im Café Swane mit den Landtagsabgeordneten, unter denen auch AfD-Kandidaten waren, und eine

spannende Informationsveranstaltung von „Arbeit & Leben“ mit Andreas Kemper in der City-Kirche. Die Veranstaltung im Café Swane wurde von Anhänger*innen der Autonomen Szene gesprengt. Wir GRÜNEN haben uns während und nach der Veranstaltung klar positioniert. Wir schreiben unserer Gastgeberin, Sally Swane, nicht vor, wen sie zu einer Diskussionsveranstaltung einladen darf. Und wir diskutieren mit allen Wähler*innen über die AfD, weil wir die besseren Argumente haben. Natürlich respektieren wir auch die Haltung von den Linken, solchen Veranstaltungen fern zu bleiben. Aber das soll dann bitte schön auch für Talkshows im Fernsehen gelten. Aber das Sprengen einer Veranstaltung liefert der AfD eine billige Wahlkampfhilfe. Der schmale Grat zwischen ehrlicher Empörung und

Lächerlichkeit wurde konsequent überschritten. Kurzum: das war ein verschänkter Abend.



Der GRÜNE Kreisvorstand hat am Tag danach gemeinsam mit allen demokratischen Parteien einen Aufruf zu einer toleranten Diskussionskultur initiiert. Die zweite Diskussionsveranstaltung mit dem AfD-Experten Andreas Kemper führte tief in das Thema AfD ein.

Deutlich wurde, dass alle unterschiedlichen Strömungen und Personen sich einig sind in der Ablehnung aller völkisch definierten Thesen und der rechtsextremen Tendenz der AfD.

Die AfD bietet in ihren Programmen und in ihren Führungsfiguren genügend Angriffsfläche. Dazu braucht man nur ein paar gut vorbereitete Diskutierende. Die Wuppertaler AfD'ler ziehen sich lieber weinerlich auf ihre Paria-Rolle als ausgegrenzte Politiker zurück, als offen zu diskutieren.

Wir GRÜNE werden uns immer mit dem Rechtspopulismus auseinandersetzen. Im Mai wird die GRÜNE Hochschulgruppe eine Diskussionsveranstaltung an der Uni organisieren. Und wir beteiligen an allen friedlichen Aktionen gegen rechte Parteien und Gruppen.

RATS-CHRONIK DEZEMBER 2016

Döppersberg-Journal

Für den Döppersberg fallen weitere 13 Mio. Euro Mehrkosten an, die in der Ratssitzung beschlossen wurden. Darin enthalten sind Kosten von knapp drei Mio. Euro u.a. für Kommunikationsmaßnahmen. Vor diesem Hintergrund stellten wir GRÜNEN eine Anfrage, wie sich diese Kosten konkret zusammensetzen. Insbesondere das letzte Döppersberg-Journal hat den Döppersberg kaum thematisiert, sondern vor allem Themen rund um die Elberfelder Innenstadt aufgegriffen. In ihrer Antwort meinte die Verwaltung, sie habe keine Probleme damit.

Neubau einer Sporthalle an der Nevigeser Straße

Endlich ist es so weit: Der Stadtrat beschloss in der Ratssitzung den Neubau einer Vierfach-Sporthalle an der Nevigeser Straße. Hoffentlich können die Schüler*innen der Grundschule Kruppstraße und der Gesamtschule Uellendahl-Katernberg dann ab 2019 ihren Sportunterricht in unmittelbarer Nähe der Schulen durchführen. Bisher müssen sie durch die halbe Stadt fahren, wodurch für den eigentlichen Sportunterricht viel Zeit verloren geht.

Ausstieg aus der Beteiligung am Kohlekraftwerk Wilhelmshaven

Wir GRÜNEN wollen so schnell wie möglich die Nutzung von Kohlekraft beenden, um die Energiewende zu beschleunigen. Die Wuppertaler Stadtwerke sind zu 15 % am Kohlekraftwerk Wilhelmshaven beteiligt. Dagegen haben die GRÜNEN sich von Anfang an engagiert. Hinzu kommen finanzielle Verluste, die in Zukunft noch anwachsen werden. Aus Verantwortung für unsere Stadt machen wir uns Gedanken darum, wie ein Ausstieg aus



Archivfoto: Jörg Lange

dieser Beteiligung möglich sein könnte. Deshalb haben wir konkrete Fragen an die Verwaltung gestellt, z.B., wie hoch die zu erwartenden Verluste in den nächsten zehn Jahren sein werden und wie viele Stunden das Werk im letzten Jahr am Netz war. Die Verwaltung hat leider nur einen Teil unserer Fragen im öffentlichen Teil der Ratssitzung beantwortet.

Dringlichkeitsantrag Sonderprüfung der Geschäftsbeziehung Stadt – WMG – Firma ASS durch das Rechnungsprüfungsamt

Es gab in den letzten Jahren Geschäftsbeziehungen zwischen der Wuppertal Marketing GmbH, der Stadt Wuppertal und der Firma ASS. Diese hatte jährlich mehrere Tausend Fahrzeuge in Wuppertal zugelassen und im Gegenzug von der Stadt Wuppertal Aufkleber für die Fahrzeuge erhalten, mit denen für unsere Stadt geworben wurde. In den letzten Jahren wurden jedoch keine Aufkleber mehr geliefert, die Rechnung für die Werbung aber trotzdem an ASS gezahlt. Dadurch ging der Stadt viel Geld ver-

loren. Wie es dazu kommen konnte, ist noch nicht klar. Wir finden: Die Politik hat eine Kontrollfunktion gegenüber der Verwaltung und es ist wichtig, sie in diesem Fall besonders gewissenhaft auszuüben. Das Rechnungsprüfungsamt hat bereits ein internes Gutachten erstellt. Weil eine Sonderprüfung darüber hinaus keine neuen Erkenntnisse bringen würde, änderten wir unseren Antrag und schlugen stattdessen vor, im Januar eine Sondersitzung des Rechnungsprüfungsausschusses durchzuführen, in der die Vorgänge komplett offengelegt werden sollen. Dem schloss sich der Rat mit großer Mehrheit an.

Mehrkosten des Projektes Döppersberg

Wieder gab es einen Kostenzuwachs für das Projekt Döppersberg, die Gesamtkosten liegen nun bei über 153 Mio. Euro. Die GRÜNEN haben sich bei der Abstimmung über die Vorlage enthalten. Wir haben den Umbau des Döppersbergs immer befürwortet, um z.B. endlich einen modernen Busbahnhof zu erhalten und weil bei der Ankunft in

Wuppertal der erste Blick ein positiver sein soll. Andererseits klemmt es an vielen Stellen in der Umsetzung, in der Transparenz und nicht zuletzt im Kommunikationskonzept, das immerhin 1,2 Mio. Euro gekostet hat.

Nachtragshaushalt 2017

Die GRÜNE Fraktion hat sich bei der Abstimmung über den Nachtragshaushalt enthalten. Einerseits waren wir immer für den Stärkungspakt Kommunalfinanzen, mit dem die rot-grüne Landesregierung verschuldete Kommunen wie Wuppertal sehr unterstützt. Andererseits wollten wir schon zur Verabschiedung des Doppelhaushaltes im Rat viele andere Akzente setzen, was wir mit unseren Anträgen an den Haushalt auch deutlich machten. Diese wurden damals von der GroKo abgelehnt. Auch eine Erhöhung der städtischen Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände wird nicht vorgenommen, obwohl diese seit Jahren zu geringe Zuschüsse erhalten.

Förderprogramm „Gute Schule 2020“

Mit großer Mehrheit hat der Rat das Förderprogramm mit einem Volumen von 49 Mio. Euro beschlossen. Mit diesen zusätzlichen Landesmitteln können Schulen und überwiegend schulisch genutzte Sportstätten finanziert werden. Nun wird der Sportplatz Grundstraße modernisiert und die Sanierung der Else-Lasker-Schüler-Gesamtschule kann um ein Jahr vorgezogen sowie die bisher dafür geplanten Mittel können aufgestockt werden. Auch die Gymnasien Johannes Rau und Am Kothen profitieren, darüber hinaus soll jede Schule Internet erhalten. Auch die Vierfachsporthalle an der Nevigeser Straße wird aus diesem Programm finanziert. Die GRÜNEN stimmten zu.

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal
Tel. 0202. 563. 6204
Fax: 0202. 59 64 88
E-Mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
www.gruene-wuppertal.de

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:

Anja Liebert (V.i.S.d.P.), Sylvia Meyer (Redaktion), Bettina Brücher, Klaus Lüdemann, Gabriele Mahner, Kordula Pfaller, Paul Yves Ramette, Ilona Schäfer, Marc Schulz, Frank ter Veld, Yazgülü Zeybek

Gastbeiträge und -kommentare:

Jutta Velte MdL, Bergische Landtagsabgeordnete der GRÜNEN

Axel Frevert, Kreisvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Wuppertal

Daniela Saleth & Jonathan Ries, Foodsharing Initiative

Satz und Gestaltung:

werkmarie, Rudolfstr. 28a, 42285 Wuppertal

Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet: Mathias Kehren

Druck:

talevent GmbH, Rudolfstr. 28a, 42285 Wuppertal Auflage: 25.000

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA, Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V., Simonsstraße 36; AStA, Berg. Universität; Behindert - na und?, Arrenberg'sche Höfe 4; die börse, Wolkenburg 100; Café Moritz, Höhe 22; Cinema, Berliner Straße; Die Färberei, Peter-Hansen-Platz 1; Kreisverband der GRÜNEN, Friedrich-Ebert-Str. 76; Katzensgold, Untergrünwalderstraße 3; Nachbarschaftsheim, Platz der Republik; Spunk, Flensburger Straße 38. Die Abgabe ist kostenlos!

Alle GRÜNEN Anfragen, Anträge, Pressemitteilungen, Stellungnahmen, im Rat gehaltenen Reden, Newsletter und älteren Ausgaben der Fraktionszeitung finden Sie in den Rubriken Aktuelles oder Presse unter www.gruene-wuppertal.de.

RATS-CHRONIK FEBRUAR 2017

Sondersitzung des Rates am 15. Februar 2017:

Beitritt zur Metropolregion Rheinland
In einer Sondersitzung am 15. Februar 2017 beschloss der Stadtrat einstimmig den Beitritt zur Metropolregion Rheinland. Mit diesem Zusammenschluss von 35 Städten und Landkreisen wird ein großer Schritt getan, sich gemeinsam mit der Region als bedeutender wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und kultureller Raum mit internationaler Geltung und unstrittigem Wachstumspotenzial zu platzieren und weiter zu profilieren. Unsere GRÜNE Stadtverordnete Ilona Schäfer wurde vom Rat in die Mitgliederversammlung der Metropolregion gewählt.

Reguläre Sitzung des Rates am 20. Februar 2017:

Verspätungssituation / Ausfälle auf der S-Bahn-Linie S9

Viele Pendler*innen fahren täglich mit der S9, um nach Essen zu gelangen. Zu deren Ärger gab es in der letzten Zeit immer wieder Ausfälle, die nicht durch Baustellen bedingt waren. Da die Störungen der S9 auch viele Wuppertaler*innen treffen, stellten wir eine Anfrage an den Rat der Stadt, um die Hintergründe zu erfahren. In der Antwort der Verwaltung ist zu lesen, dass viele Ursachen für die 170 Ausfälle innerhalb von vier Monaten von außen kamen. Da ist es nur ein schwacher Trost, dass nicht erbrachte Leistungen auch nicht bezahlt werden müssen.

Analoge und digitale Werbeanlagen

Die GRÜNEN fragten die Verwaltung nach der wachsenden Zahl der analogen und digitalen Werbeanlagen in Wuppertal. Diese verstellen Sichtachsen und beeinflussen die Sicherheit im Straßenverkehr, wie z.B. direkt am Fußgängerüberweg des Döppersbergs. Auch das Lightboard an der Briller Straße an der Auffahrt zur A46 erscheint vielen Menschen gefährlich, weil die Berufsfeuerwehr die Kreuzung häufig bei roter Ampel queren muss. Die GRÜNEN erkundigten sich u.a. nach der Verkehrssicherheit dieser Werbeanlagen, nach Mindestabständen und nach der Berücksichtigung der Schutzbedürfnisse der Anwohner*innen. Die Verwaltung antwortete, dass es keine Obergrenzen für die Menge an Werbeträgern und auch keine Mindestabstände gebe. Immerhin: Die Polizei wird einbezogen.

Ausübung des Wahlrechts für Menschen ohne festen Wohnsitz unterstützen

In diesem Jahr stehen zwei wichtige Wahlen an, und nicht alle Menschen wissen, dass sie wahlberechtigt sind. Allein in die Beratungsstelle für Obdachlose im Diakoniezentrum Friedrich von Bodelschwingh in der Oberstraße 38 kamen im letzten Jahr 1.500 Menschen. Deshalb stellte die GRÜNE Fraktion die Anfrage, ob wohnungs- und obdachlose Menschen über ihr Wahlrecht informiert werden. Wenn die Verwaltung z. B. noch keine

Flyer in den Beratungsstellen auslegt, bitten die GRÜNEN sie, hier bald tätig zu werden. Leider lag zur Ratssitzung noch keine Antwort der Verwaltung vor.

Resolution – Keine Abschiebung von Geflüchteten nach Afghanistan

In einer gemeinsamen Resolution mit der LINKEN fordert die GRÜNE Fraktion den Rat auf, über die Landesregierung Einfluss auf die Bundesebene zu nehmen. Unsere Stadtverordnete Yazgülü Zeybek erläuterte in ihrer Rede das Ziel: Es sollen keine Abschiebungen nach Afghanistan erfolgen. Das Auswärtige Amt soll in Afghanistan die Sicherheitslage neu bewerten, um Abschiebungen zu verhindern. Die Landtagsfraktion der GRÜNEN in NRW hat mittlerweile erreicht, dass in unserem Land jeder der 1.900 ausreisepflichtigen Einzelfälle auf humanitäre Ermessensspielräume hin konkret geprüft wird. Die Menschen aus Afghanistan sind also momentan in NRW vor einer Abschiebung sicher. Leider wollten SPD und CDU sich in der Ratssitzung nicht beteiligen und lehnten die Resolution ab.

Einwohnermeldeamt, Bürgerbüros und „Strategische Raumplanung“

Es war kein großer Wurf, aber immerhin ein Schritt in die notwendige Richtung, den der Rat mit der Vorlage „Neuregelung bei den Bürgerdiensten im Einwohnermeldeamt und den Bürgerbüros“ beschlossen hat. Die GRÜ-

NEN fordern seit Jahren die vollständige Wiederöffnung der Bürgerbüros in den Stadtbezirken, bislang ohne Erfolg. Mit der jetzigen Beschlussfassung wird wenigstens ein erster, zaghafter Schritt in die richtige Richtung gemacht, wie unser Fraktionsvorsitzender Marc Schulz erläuterte: Die Bürgerbüros bleiben vorläufig auf niedrigem Niveau erhalten und alle Angelegenheiten, die im Einwohnermeldeamt vorgehalten werden, können nach den Osterferien in den Stadtteilen erledigt werden.

Die GRÜNE Fraktion hat dem Vorschlag der Verwaltung nur zugestimmt, weil mehr von der Ratsmehrheit nicht zu erwarten war. Wir fordern weiterhin die Ausweitung der Dienstleistungen und der Bürgerbüros, weil wir eine bür-

gernahme und bürgerfreundliche Stadtverwaltung wollen.

Stadtentwicklungskonzept Wuppertal 2030

Die GRÜNE Fraktion hat für den Start zur Entwicklung eines Masterplans für die Stadt gestimmt. Bislang wurden sehr viele (Einzel-) Konzepte entwickelt, die oft in den Schubladen der Verwaltung verschwanden. Unsere Fraktionsvorsitzende Anja Liebert betonte, dass wir eine Gesamtstrategie für Wuppertal begrüßen und die Bürger*innen mit der Politik diesen Prozess gemeinsam gestalten sollten. Sie warf einen Blick in die Zukunft und verlieh ihrer Hoffnung Ausdruck, dass auch bei Zielen wie z.B. weniger Lärm und bessere Luft die Bürger*innen beteiligt werden.



Fahrrad selber kaufen

ABO
geschenkt



Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ und unseren Newsletter regelmäßig per E-Mail erhalten möchten, bitte eine Mail an fraktion@gruene-wuppertal.de senden.